



Die Linkenpolitikerin Kristina Vogt, 54, ist seit kurzem Wirtschaftssenatorin der Hansestadt Bremen.

Foto Lucas Wahl

Nach anderthalb Stunden Gespräch sagt Kristina Vogt: „Ich muss jetzt gleich erst mal eine rauchen.“ Bremens Wirtschaftssenatorin von der Linkspartei kramt in ihrer Handtasche, zieht Zigarettenpapier und Tabak heraus und beginnt sich auf der Rückbank ihres schwarzen Mercedes-Dienstwagens routiniert eine Kippe zu drehen, den Zigarettenfilter zwischen die Lippen geklemmt. Wenn sie gleich an ihrem Fahrtziel im Bremer Hafengebiet angekommen ist, will sie die Nikotindosis parat haben.

Es sind Augenblicke wie dieser, in denen das alte und das neue Leben von Vogt aufeinanderprallen. Senatorin hin, Dienstwagen her – beim Rauchen setzt sie lieber weiterhin auf Handarbeit. So ganz hat sich Vogt auch noch nicht daran gewöhnt, dass jetzt morgens immer der Chauffeur bei ihr vor der Haustür steht. Das gibt's nicht so oft in ihrer Nachbarschaft im Bremer Arbeiterviertel Walle, wo sie in einem schmalen Reihenhäuschen mit 58 Quadratmetern Wohnfläche lebt. „Bisher habe ich immer das Fahrrad genommen“, sagt die Politikerin.

Kristina Vogt, 54 Jahre alt, Rechtsanwaltsfachangestellte, alleinerziehende Mutter eines erwachsenen Sohnes, hat diesen Sommer ein kleines Stück deutsche Politikgeschichte geschrieben: Unter Vogts Führung hat die Linkspartei erstmals in Westdeutschland Regierungsverantwortung auf Landesebene übernommen. Und die Sozialistin Vogt ist in Bremen jetzt ausgerechnet für das Wirtschaftsressort zuständig.

Links sei sie immer gewesen, sagt Vogt von sich. Sie ist in Münster geboren, lebt aber seit 35 Jahren in Bremen. Ihre Eltern waren Sozialdemokraten. In den siebziger Jahren habe ihr Vater sie mit einem Willy-Brandt-Wahlkampfsticker in die Schule geschickt. Sie selbst ist erst spät in die Politik gegangen: Sie war Elternbeiratsvorsitzende in der Schule ihres Sohnes und ärgerte sich, dass viele Initiativen in der Bremer Bildungsmisere versandeten. Deshalb begann sie sich in der Lokalpolitik zu engagieren.

Vogt war schon 43 Jahre alt, als sie 2008 Parteimitglied der Linken wurde. Drei Jahre später war sie Spitzenkandidatin der Partei bei der Bürgerschaftswahl und wurde Vorsitzende der linken Senatsfraktion. Dann kam das Jahr 2019: der Wahlkampf, die Koalitionsverhandlungen, das neue Amt als Wirtschaftssenatorin. Manchmal wirkt Vogt so, als könne sie es selbst noch nicht ganz glauben. „Die vergangenen Monate waren verrückt“, sagt sie.

Die rote Senatorin

Bremen ist der Test für eine rot-grün-rote Regierung im Westen. Die Sozialistin Kristina Vogt kümmert sich dort um die Wirtschaft. Ausgerechnet.

Von Marcus Theurer

Denn bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft im Mai hat die Linke 11 Prozent der Stimmen geholt. Der Anteil der Partei hat sich binnen acht Jahren verdoppelt. In manchen Gegenden der Innenstadt wählte fast jeder Vierte die Linke. Im August schloss die Linkspartei in der Hansestadt die erste rot-grün-rote Koalition in Westdeutschland. Es war die einzige Möglichkeit, wie sich die SPD, die an der Weser seit vielen Jahrzehnten regiert, trotz schwerer Stimmenverluste an der Macht halten konnte.

In Bremen, dem Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit und der größten Armutsquote der Republik, soll jetzt also eine Sozialistin den Wirtschaftsstandort voranbringen. Kann das gutgehen? Und was bitte schön ist im Deutschland des Jahres 2019 eigentlich linke Wirtschaftspolitik? „Das Linke an unserer Politik ist, dass wir nach der Zukunft der Gesellschaft fragen“, antwortet Vogt. „Wie sieht die aus in zehn Jahren, bei all dem Wandel in der Arbeitswelt, den wir zum Beispiel durch die Digitalisierung erleben?“

In ihrem großen, spärlich möblierten Senatsbüro mit Blick auf die Weser erzählt Vogt von der Verunsicherung, die ihr in Gesprächen mit Bremer Bürgern immer wieder begegnet. Sie meint nicht die Arbeitslosen, Geringverdiener oder prekär Beschäftigten. „Das sind Männer Anfang fünfzig, häufig gut ausgebildete Angestellte, Facharbeiter und Ingenieure,

Leute mit ordentlichem Gehalt.“ Denen mache der Strukturwandel Angst. „Die sagen mir: Ich habe doch alles richtig gemacht, habe in eine solide Ausbildung investiert und hart gearbeitet, und jetzt weiß ich trotzdem nicht, wie es weitergeht im Beruf für mich.“ Dann folge nicht selten eine rhetorisch gemeinte Frage: „Und jetzt raten Sie mal, welche Partei ich wähle.“ Die Zukunfts- und Abstiegsgang sei für den Aufstieg der AfD viel wichtiger als die Flüchtlingskrise, da ist sich die Politikerin Vogt sicher. Diese Wähler wolle sie für ihre Partei gewinnen – und es gelingt ihr offenbar. In Bremen ist die Linke stark, die AfD mit 6 Prozent der Stimmen bei den Bürgerschaftswahlen hingegen schwach.

Bremen ist eine Industriestadt und stark vom Export abhängig. Hier steht das zweitgrößte Mercedes-Werk der Welt, mit mehr als 12 000 Beschäftigten der größte private Arbeitgeber in der Hansestadt. An der Weser werden mehr Autos gebaut als im schwäbischen Sindelfingen. Aber die Autoindustrie ist gewaltig im Umbruch. Zwar will Mercedes sein neues Elektromodell EQC in Bremen fertigen. Doch Fachleute warnen, dass für den Bau von Elektroautos viel weniger Arbeitskräfte benötigt würden als für Autos mit Verbrennungsmotor. Und was wird das Sparprogramm, das der Autokonzern aus Stuttgart derzeit vorbereitet, für die Fabrik und die Arbeitsplätze in der Hansestadt bedeuten?

Den nächsten großen Strukturwandel in der Wirtschaft müsse Bremen unbedingt hinkriegen, mahnte Vogt kürzlich. Schließlich habe die Stadt schon den letzten „versammelt“. Gemeint ist das große Werftensterben der achtziger und neunziger Jahre, das Zehntausende von Arbeitsplätzen gekostet hat. Der Untergang der großen Bremer Schiffsbauer hat ganze Stadtbezirke verarmen lassen. In Bremen gebe es Familien, in denen seit vier Generationen niemand mehr einen regulären Arbeitsplatz gehabt habe, sagt die Politikerin.

Horst-Jürgen Lahmann, ein früherer Landes- und Europapolitiker von der FDP, ist Jahrgang 1935 und damit alt genug, um sich noch an die besseren Zeiten zu erinnern. Er hat das Sterben der Bremer Werftenindustrie und den schleichenden Verlust wirtschaftlicher Macht miterlebt. Brinkmann-Tabak, Jacobs Kaffee, Hachez-Schokolade – alles einstige Größen der Bremer Wirtschaft – sind längst verkauft worden oder abgewandert. „Den Kaffee konnte man wegen der Röstereien hier früher riechen“, sagt Lahmann. „Das war mal der Bremer Duft.“

Der Liberale spricht von einem wirtschaftlichen Exodus. „Es gibt ja kaum noch bedeutende Großunternehmen, die ihre Zentralen in Bremen haben“, beklagt Lahmann. Für den FDP-Mann liegt das nicht zuletzt am Linksdrall der Bremer Politik in den vergangenen Jahrzehnten. An der Sozialdemokratisierung des Stadtstaats, wie Lahmann es nennt. Seit 1946 stelle die SPD im Bremer Rathaus ununterbrochen den Bürgermeister. Die Linken-Politikerin Vogt hält nun auch Lahmann, der FDP-Mann, für eine vernünftige Frau. Aber ein Neuanfang für Bremen sei diese Koalitionsregierung nicht: „Es gab hier ja immer nur Schattierungen linker Politik“, sagt er.

Patentrezepte hat auch Kristina Vogt nicht. Das bedingungslose Grundeinkommen, wie es nicht nur viele in der Linkspartei, sondern auch manche Manager und Unternehmer fordern, bezeichnet sie jedenfalls als die falsche Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Arbeit. „Das Grundeinkommen greift zu kurz“, sagt Vogt. Vom Arbeitsplatz hänge mehr ab als nur die Gehaltsüberweisung am Monatsende. „Da geht es auch um das Selbstwertgefühl der Menschen.“

Die Umverteilung von Arbeit durch kürzere Arbeitszeiten hält Vogt hingegen für bedenkenswert. Lebenslanges Lernen schön und gut, sagt sie. „Aber Sie können einen Arbeitnehmer, der eine Familie ernähren und ein Haus abbezahlen muss, nicht einfach noch mal für drei Jah-

re auf die Uni schicken, weil das, was er dort vor 15 Jahren gelernt hat, heute leider nicht mehr gebraucht wird.“

In den Reihen der Linken hat Bremens neue Wirtschaftssenatorin eine ähnliche Position wie der knorrige baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei den Grünen. Vogt ist gewissermaßen ein Ultra-Realo. Im Wahlprogramm der Bremer Linkspartei war zwar die Rede davon, „gezielt fundamentale Spielregeln des Kapitalismus außer Kraft zu setzen“. Man strebe eine „Vergesellschaftung privatwirtschaftlich beherrschter Märkte“ an. Aber Vogt gibt sich wenig Mühe zu verbergen, dass sie niemand interessiere, sagt sie. „Gewählt wurden wir, weil wir in den vergangenen Jahren konstruktive Oppositionsarbeit geleistet haben.“

Der Schlachtplan, mit dem sie den zurückliegenden Wahlkampf in Bremen bestritten hat, lässt sich, grob gesagt, in drei Punkten zusammenfassen. Erstens: Nicht in der Rhetorik überziehen und keine Sprechblasen aufpusten – oder in Vogts Worten: „Keine Stenzen raushausen.“ Zweitens: Nichts versprechen, was man nicht halten kann. Die Finanzlage in der Hansestadt sei weiterhin schwierig. Es gebe „ganz wenig zu verteilen“. Und drittens: „Einfach konkret sein“, statt den Bürgern utopische Luftschlöser auszumalen. Würde der Linkspartei mehr Sinn für das Machbare und Handfeste auch auf Bundesebene guttun? Ihre Antwort kommt schnell: „Natürlich. Eine Partei muss einen Gebrauchswert haben. Es genügt nicht, schöne Ideen zu produzieren, die vielleicht wünschenswert, aber nicht realisierbar sind.“

Das Kapital in Bremen residiert nur ein paar Straßen entfernt vom Büro der roten Wirtschaftssenatorin. Der Renaissance-Palast der Bremer Kaufmannschaft am Marktplatz ist das steinerne Zeugnis verblichenen Reichtums in der Hansestadt. Der stolze Wahlspruch der Kaufleute prangt in goldenen Lettern über dem Eingangportal: „Buten und binnen, wagen und winnen“ – drauften und drinnen, wagen und gewinnen.

Was hält man hier vom Wagnis einer Wirtschaftssenatorin von der Linkspartei? Man müsse da unterscheiden zwischen der Politikerin Vogt und der Agenda der Linken, sagt Matthias Fonger, der Hauptgeschäftsführer der Bremer Handelskammer. Was die neue Senatorin persönlich angeht, ist der Wirtschaftslobbyist voll des Lobes: „Frau Vogt geht unideologisch, pragmatisch und mit Sach-

verstand an die Themen heran“, sagt Fonger. Er spricht von einer „positiven Hinwendung zum Dialog“.

Inhaltlich gibt es freilich so manches, was die Wirtschaft an der Agenda der neuen rot-grün-rot Regierung in Bremen stört. Angefangen vom geplanten Ausbildungsfonds, einer Abgabe für Unternehmen, die nach Meinung der Politik zu wenig Azubi-Stellen haben, bis hin zur Erhöhung des Landesmindestlohns. Unternehmen, die vom Land Bremen Aufträge erhalten, müssen schon heute ihren Mitarbeitern rund 2 Euro mehr als den bundesweiten Mindestlohn von 9,19 Euro in der Stunde bezahlen. Vogt ist auch das zu wenig. Sie hält 13 Euro für angemessen.

Der Dienstwagen der Senatorin ist im Bremer Holzhafen angekommen, Kristina Vogt steigt aus und raucht ihre selbstgedrehte Zigarette. Dann lässt sie sich fotografieren. Manchmal hat sie Mühe, so entspannt am Hafenbecken zu posieren, wie sich der Fotograf das von ihr wünscht. Sie hat mehrere Bandscheibenvorfälle hinter sich, der Rücken tut trotz Schmerztabletten weh.

Ganz zum Schluss kommt Vogt auf das Elend ihres neuen Koalitionspartners zu sprechen. Die Sozialdemokraten seien „in den neunziger Jahren hängengeblieben“, glaubt sie: „Die SPD konzentriert sich immer noch auf die Industriearbeiter und hat verschlafen, dass in den letzten Jahrzehnten eine neue Arbeiterschaft entstanden ist – in den Dienstleistungsberufen und häufig ohne Tarifbindung.“

Der zweite Fehler: Die SPD habe sich selbst verloren und ihren „Markenkern vernachlässigt“, sagt Vogt. Der sogenannte dritte Weg, auf dem Gerhard Schröder und der Brite Tony Blair vor zwei Jahrzehnten die Genossen mit Marktwirtschaft und Kapitalismus versöhnen wollten, habe in eine Sackgasse geführt. „Die SPD-Mitglieder, die ich kenne, sind frustriert“, sagt Vogt. Beispiel Klimaschutz: Der sei wichtig, aber linke Parteien dürften auch „die Situation ihrer Wähler“ nicht aus den Augen verlieren und müssten darauf achten, dass Wohnraum trotz energetischer Gebäudesanierung bezahlbar bleibe.

Und was bedeutet das alles für die Linke? Ist der Niedergang der SPD gut oder schlecht für ihre eigene Partei? Kristina Vogt sagt, sie könne nichts Gutes an der Notlage der deutschen Sozialdemokratie erkennen. Sie schwäche nur die politische Linke in Deutschland insgesamt. Was in Bremen funktioniert, gilt bislang nicht für das ganze Bundesgebiet: „Die Wähler, die die SPD verliert, wählen nicht uns. Die gehen zur AfD.“